

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Soll und Sein“. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisations- u. amtl. Organ vertrieb. Beilagen. Schriftleitung: H. Wächterstraße 4. Druckerei-Verlag: Nr. 240/2, 240/3. Persönliche Anwesenheit mitbringend von 12 bis 1 Uhr. — Inverantwortlich: eingetragener Redakteur ist Herr Dr. H. Wächter.

Verlagspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,30 RM. für 40 Hefen monatlich 0,50 RM. Beilagenpreis 2,30 RM. durch Bobben ausgeh. 2,70 RM. bei direkter Bestellung an den Verlag 2,60 RM. — Einzelpreis 13 Pf. im Einzel- und 90 Pf. im Heftpreis der Reichsdruckerei. Druckverlag: H. Wächterstraße 4. Fernruf: 240/2, 240/3, 240/5. Verlagsdruckerei: 2019 Erfurt

### Jetzt ist es endlich genug - Putschisten und Raufbolde sollen jetzt spüren

# Die Faust der Republik

## Braun und Grzesinski über Volksbegehren und Stahlhelm-Bürgerkriegsspielerei - Stürmische Landtags-Sitzung - Linksputschisten stören auch die Abwehrfront gegen das Inflationsbegehren

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Bericht.)

Das ältste Unterhaltungsstück der Oppositionsparteien, das **Mittrauenstimmen** gegen die Gesamtregierung, wird in diesen Tagen wieder einmal im Preussischen Landtag gespielt. Zur Begründung müssen diesmal herhalten: die Auflösung der Stahlhelmorganisation im Westen, die Stellungnahme der preussischen Regierung zu der Frage „Saar und Volksbegehren“ und der Fall Eitel.

Was die preussische Regierung mit dem Fall Eitel zu tun hat, weiß kein Mensch. Aber es kommt auch nicht so genau darauf an, wie es den Rechtsparteien, von denen diese Anträge ausgehen, überhaupt nicht um Logik und Wahrheit geht. Für die Dauer des Kampfes um Young-Plan und Gemeindefinanzen hat die Deutschnationale Partei den Reichstagsabgeordneten Buch, den Herausgeber der „Wahrheit“, beurlaubt. Die Wahrheit ohne Anführungsstriche haben die Deutschnationalen schon seit Jahren beurlaubt und die Nationalsozialisten prinzipiell nie gelast.

Der preussische Innenminister konnte sich jedenfalls mit der Erklärung begnügen, daß die Staatsregierung schärfste Untersuchung und rücksichtslose Bekämpfung aller etwa nachlässigen oder betrügerischen Beamten der Stadt Berlin nötigfalls bis zu den obersten Spitzen wüßte; daß sie aber nicht daran denke, wegen eines bedauerlichen Einzelfalles die Selbstverwaltung einzuschränken.

### Volksbegehren

hätte man von den Deutschnationalen eine Sanftere erwartet. Es wurde eine Gamade, denn es sprach für sie Paul Becker von der „Deutscher Tageszeitung“, also von dem organischen Jugendergebeneinflüssen. Er ließ deutlich erkennen, daß ihm der berühmte § 4 des Volksbegehrens sehr unangenehm ist und einschüchternde sich fordere. Auch dem Volksbegehren müßte die Reichsparteien Koalitionspolitik treiben, genau wie die Linksparteien bei der Regierungsbildung; und bei der Koalitionspolitik müßte man allezeit in Kauf nehmen, womit man selbst nicht einverstanden sei oder was einem unangenehm wäre. Der Preussische Landtag hat sich vor Wochen und alles brüllte: Dames-Vertrag!

### Ministerpräsident Braun

hätte es kaum nötig, darauf zu antworten. Er behaupte nur, daß jeder gegen seinen Willen das Jugendergebene Volksbegehren in Anspruch hätte, die Vorzüge des Young-Plans gegenüber dem Dames-Plan klar herauszutreten. Im Interesse der Außenpolitik wäre es besser gewesen, daß das auf deutscher Seite nicht nötig geworden wäre; aber Jugendergebene hat es ja erzwungen. Im übrigen ist der Preussische Landtag nach Gott nicht zufällig über die unpopulärsten Fragen zu entscheiden. Braut es anfangs, ist etwas ganz anderes. Otto Braun hat klipp und klar diese Erklärung ab:

Ich spreche deshalb auch hier noch einmal namens des Gesamtministeriums die bestimmte Gewissung aus, daß sich jeder Staatsbeamte in vollem Bewußtsein seiner Pflichten, die er auch auferbürgertlich dem Staat gegenüber hat, darüber klar sein wird, daß ein Eintreten für das Volksbegehren, gleichviel in welcher Form, mit seinen Beamtenpflichten nicht vereinbar ist. (Schärfster Beifall bei der Regierungspartei, Widerspruch rechts, Hui-Hui rechts, Pfeifendalton in der Mitte.)

Es wäre großartig, wenn alle realistischen Beamten sich jetzt für das Volksbegehren einsetzten, dann könnte die Staatsregierung mit den Leuten, die das Geld der Republik nehmen und gegen die Republik arbeiten, endlich einmal auf der ganzen

Linie aufräumen. Im Namen der Freiheit und der Weimarer Verfassung klagten die Rechtsparteien schließlich über

### das Stahlheimverbot.

Auch hier erwiderte die Regierung so klipp und klar, wie man es schon längst gewünscht hätte: **Rechtserhebungen**, die lediglich mit Wasser und Saft argumentieren und die Republik attackieren, haben endgültig das Recht verlor, sich auf die Freiheit der Republik zu berufen. Darüber sprach

### Innenminister Grzesinski:

Ich habe den Stahlhelm für die Provinzen Rheinland und Westfalen auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 aufgelöst, weil nach Anlage, Vorbereitung und Durchführung des so-

genannten Geländespiels am 21./22. September in der Gegend Langenberg und Belbert festgestellt wurde, daß es sich hierbei um ein militärisches Manöver gehandelt hat. Der militärische Charakter des Manövers ergab sich insbesondere daraus, daß auf Grund einer gedruckten Geschichts- und Manöverkarte wurde, indem die beiden Parteien Trümmersmäßig gegeneinander aufkamen und in ausgeprägter Schützenlinie im Zusammenstoßen verschiedener Truppeneinheiten mit Seitenbedeckung nach neuesten militärischen Grundsätzen angeordnet wurden. Hierbei wurde das Feuer durch kurze Pfeife und Trommelwirbel erregt. Die Übung wurde geleitet von dem Major a. D. Seibitz, der entgegen den Abwehrgesetzen in der Reichswehr führendes Stahlheimmitglied war und unter dem Namen eines Sportlehranten für die beteiligten Landesverbände

des Stahlhelms als militärischer Organisator tätig war. Das Manöver war keine zufällige Unternehmung des Stahlheim Rheinland-Westfalen, sondern entsprach seinen vereinsmäßigen Zwecken und Zielen. Das ergibt sich nicht nur aus der langen Vorbereitung des Manövers, sondern auch aus den verschiedenen schriftlichen Äußerungen der beteiligten Organisationen.

Die aus diesen Vorgängen erkennbare militärische Betätigung des Stahlhelms wird in einem Schreiben des Landesführers nachstehend an einem früheren Offizier, sogar ohne Zensur angehängt, indem er es als unbedingt notwendig für den Stahlhelm bezeichnet, in aller Form die Erbschaft des Heeres zu übernehmen. Ein derartiges Treiben kann keine Staatsregierung sich gefallen lassen, um so weniger von einer Organisation, deren Führer seit Jahr und Tag ihre aggressive Staatsfeindschaft bei jeder sich bietenden Gelegenheit betonen. So hat der Stahlheimführer Eilberger in einer Rede gesagt, daß eine Bekämpfung des parlamentarischen Systems auf parlamentarischen Wege niemals zu erreichen sei, und

der Stahlhelm brüht mit dem preussischen Schwert kämpfe.

Auch nach der sogenannten Höpffschicht, deren inneren Sinn die Stahlheimführung wiederholt abzuliegen versucht, hat der Stahlhelm seine staatsfeindliche Gesinnung bis in die jüngste Zeit betätigt. Diese Betätigungen können am deutlichsten zum Ausdruck in der Anfangs-Phase vom ersten Bundesführer Seibitz in Waldenburg realisierten Rede, in der er noch der eigenen amtlichen Mitteilung der offiziellen Zeitung des Stahlhelms vom 6. Oktober 1929 erklärte: „Der Kampf gegen den Young-Plan ist ein erster Schritt. Siegen wird im ersten Kampf dann gut. Wenn nicht, nun, dann werden die wenigen Willkür, die sich hinter uns stellen, sich Mühe geben.“

Die Diktatoren dieses Reiches zu werden.“ Angesichts dieser Tatsachen waren durchgreifende Gegenmaßnahmen von mir unbedingt notwendig. Und ich hätte mich mit einem Verbot gegen die öffentlichen Kundgebungen begnügt, wenn ich das Verbot nicht erlassen hätte. Die von mir mit Zustimmung der Reichsregierung vorgenommene Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen besteht nach dem gesetzlichen Vorbehalt in Recht. Sie bleibt natürlich bestehen. Und die Polizei wird mit allen Mitteln jedem Versuch, die aufgelösten Organisationen wieder aufleben zu lassen, entgegenzutreten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auf Entschiedenheit die Unterstellung zurück, daß die von mir angeordneten Maßnahmen sich eigentlich gegen die Durchführung des Volksbegehrens gerichtet hätten. (Schärfster Beifall.) Da ein Verbot gegen die Kundgebungen, müßte ich die Auflösung auch trotz des Volksbegehrens und ohne Jähren verhängt. Das Volksbegehren ist amtlich zugelassen und wird ohne Verhinderung selbstverständlich vollständig durchgeführt. (Stärkster Beifall und Bruch rechts.) Ich betone mich durchaus nicht im Widerspruch zu dem Ministerpräsidenten, denn

eine Beteiligung am Volksbegehren ist mit den verfassungsmäßigen Rechten des Beamten nicht vereinbar.

Wenn bei der Durchführung der Auflösung des Stahlhelms an einzelnen Stellen Material in politische Betätigung angenommen worden ist, das sich auf das Volksbegehren bezieht, so ist dies naturgemäß zu erklären und zugleich damit entschuldigend, daß die Arbeit für das Volksbegehren in den Bureau des Stahlhelms getan wurde. Wo sich in wenigen Einzelstellen herausgestellt hat, daß von den durchgeführten Ernannten zugleich mit dem Stahlheimmaterial auch solches für das Volksbegehren durchgeführt worden war, ist dieses von den Polizeibehörden sofort und ohne eine Vernehmung erst abzuklären, zu untersuchen.

In diesem Anknüpfung werden von Dienen zwei große Tafeln in den Saal gebracht und hinter dem

# Letzte Warnung

## Ministerpräsident Braun: „Ein Beamter, der dem Volksbegehren zustimmt, handelt pflichtvergessen!“

Der „Sozialdemokratische Presseklub“ schreibt zu den gestern im Preussischen Landtag von den Ministern Braun und Grzesinski abgegebenen eindeutigen Erklärungen ebenso einseitig:

Der **Blod der Staatsfeinde** hat auf die schon seit langem als gesonderte Langmut der Republik und ihrer Regierungen (speziell). Er hat gelacht, Reichsregierung und Landesregierungen würden der Vorbereitung künftiger putschlicher Abenteuer durch Jugendergebene Inflationen begehen tatenlos zusehen. Die Staatsfeinde haben sich genügt. Das Maß ist voll, überall und die Republik ist auf der ganzen Linie zu entschlossen gegenwärtig übergegangen.

Die Reichsregierung hat die Führung ergriffen. Sie sorgt für Aufklärung bis in den geringsten Winkel. Sie tritt den Klagen der Jugendergebene entgegen. In Preußen aber, wo eine entschlossene republikanische Regierung die Exekutive in der Hand hält, ist nun die Reinigung mit lastträglichen Maßnahmen ein. Die Herrschaften, die da glauben, mit dreifachen Klagen, mit dem Geld des Herrn Jugendergebene und mit Millionen von Flugblättern die Republik über den Haufen rennen zu können, werden es nicht erleben.

Die Zeiten republikanischer Langmut sind endlich vorbei. Das sollten sich vor allem jene Beamten der Republik merken, die zwar den Dienst nicht gelassen haben und das Geld der Republik nehmen, die aber ihr Amt in der Hauptsache als eine Position der Gegenwirkung gegen die Republik betrachten. Jene Beamten, die Beamtenrechte mit dem Recht der Sabotage gegen den Staat verwechseln, werden künftig keine Gelegenheit mehr haben, ihre Verantwortung gegen die Republik durchzuführen. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat am Mittwoch im Landtag eine Erklärung abgegeben, die auch den Anschauungen der Reichsregierung entspricht und die

### ein Warnungssignal

für diese Kategorie von Beamten sein muß. Die Eintragung für das Inflationenbegehren gegen die Republik und ihre Regierungen ist mit den Pflichten des Beamten unvereinbar! Die Beamten, die trotz dieser Warnung List verüben wollen, gemeinsame Sache mit dem Blod der Staatsfeinde

zu machen, müssen nunmehr den Konsequenzen ins Auge sehen.

Stahlhelm und Nationalsozialisten werden künftighin nicht mehr ungehindert militärische Organisationen aufziehen können.

Sie Zeiten, in denen die Nationalsozialisten Verbände für Abend baubemäßig aufziehen konnten, um Republikaner zu überfallen, sind ebenfalls vorbei.

### Ihr Maß ist längst überboll.

Das Treiben der Hiltnerbanden hat mit Politik nichts mehr zu tun, es ist organisiertes Verbrechen. Die Putschisten und brennensmäßigen Raufbolde werden künftig die Hiltner Faust der Republik zu hütern bekommen, nachdem sie ihre demokratischen Freiheiten mißbraucht haben. Der preussische Minister des Innern Grzesinski hat am Mittwoch im Landtag angekündigt, daß er künftig richtigermaßen gegen dieses Treiben einschreiten und mit eiserner Faust Ordnung schaffen werde.

Der Blod der Staatsfeinde hat es so gewollt. Er hat Vereins- und Versammlungs-freiheit, er hat die verfassungsmäßigen Garantien in der Demokratie so sehr mißbraucht, daß die Republik um Selbstort werden müßte, wenn sie in übertragene Langmut noch dulden und schweigend zusehen würde. Die größte Unbilligkeit hat ihre Grenzen an dem Punkte, wo sie zur Verschlingung gegenüber dem Staat und seiner Verfassung werden würde. Dieser Punkt ist erreicht und nun erhebt sich die Gegenwehr der Republik.

Das anhebende Geschrei der Staatsfeinde wird ihnen nichts nützen. Die republikanische Regierung, die entschlossen sich an die Spitze der Abwehr stellen, haben die übergroße Mehrheit des Volkes hinter sich. Sie sind die Vertreter des Volkswillens. Wir wünschen, daß diese Abwehraktion hart und rücksichtslos geführt werde, sowohl gegen die pflichtvergessenen Beamten der Republik wie gegen die putschlichen Verbände. Es darf kein Sauberen und keine Mäßigkeit mehr geben. Wenn die putschlichen Verbände militärisch rüsten und im Kleinrieg gegen Republikaner sich üben, dann ist es höchste Zeit, daß sie die Faust der Republik zu spüren bekommen.

Jetzt heißt es: Entweder — Oder!

Minister angeht, auf denen eine große Anzahl von Waffen aller Art, wie

Talmeßern, Revolvern, Stahlruten, Schlag-

ringen usw.

angeboten sind. Diese Waffen sind in nationalsozialistischen Versammlungen beschlagnahmt worden. Von der Deutschen Nationalen erlösen laute Ouharufe, dann erhebt sich ein großes Gelächter. Die Nationalsozialisten klaffen Beifall. Die Uhrzeit wölft derartig an, daß Herrpräsident v. Brüning, der mit seiner Uhr nicht mehr überdauern kann, die Sitzung für heute zeitig unterbricht.

Wegen die Ministerbank erlösen Zurufe. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Innenminister Graf v. Helldorf in Fortsetzung seiner Rede, er sei auf tiefe Erregtheit über das Geklärr, mit dem die Aufführung der Waffen auf der Reden begleitet worden ist. (Vorn redet.) Die vorgeschriebenen Waffen seien

in zwei nationalsozialistischen Versammlungen in Berlin gefunden worden. (Anrunder Umarmungen b. d. Nat.-Soz.) Es sind also Waffen, mit denen die Verbrecher glauben, Verfallungsbesitz zu erlangen. (Umarmungen b. d. Nat.-Soz. und beiführende Zurufe, die Ministerbank v. Brüning nicht.)

Mit den gezeigten Waffen sind auch Polizeibeamtete erschossen

worden. (Stürmt. Hör! Hör! bei den Reg.-Parteien; anhaltende Umarmungen b. d. Komm.) Ein Teil der Waffen ist auch Rom in die Hände abgenommen worden. (Vorn b. d. Komm.) In diesen Zusammenhängen zeigt sich eine unangenehme Verzerrung und Entstellung des politischen Kampfes. Meine Wohnstadt gegen den Stahlhelm in Rheinland und Westfalen stellt eine Sonderbehandlung dieser Organisation dar.

Ich werde rücksichtslos mit gleichem Nachdruck gegen jeden anderen Versuch einschreiten, das Treiben eine Verschärfung des äußeren oder inneren Friedens bedeutet.

Ich warne nur einmal, meine Ermahnungen sind ernst. Der Mann nicht unter mich, muß sich fügen. Die Regierung wird es sich unter keinen Umständen weiter gehen lassen, daß irgendwelche Organisationen den heutigen Staat und seine Organe in unerhörter Weise angreifen, ihn ständig verulken und in den Schmutz ziehen. (Sehr Zustimmung b. d. Reg.-Parteien.) Ein Unmögliches machen ist kein Zeichen des Staatsbürgers, sondern im Gegenteil zeigt die Freiheit des arbeitenden Staatsbürgers. Die ersuchende Verdröpfung der Nationalsozialisten bei ihren Angriffen auf weltliche und kirchliche Organe, die erst kürzlich wieder der Strafgericht befehligen ist, ist höchst unbillig. Ich habe mich politischer Freiheit und politischem Kampfe nicht mehr zu tun. (Anhaltende Stürm b. d. Nat.-Soz.)

Versammlungsleiter mit Unterbrechungen kann nicht mehr gebildet werden.

Der Sekretär von Ehrhardt, Pfanz, hat erst kürzlich geschrieben: Wir sind und darüber klar, daß wir illegal besser arbeiten könnten als jetzt! Ich erwidere ihm: Es wird gegenüber demjenigen, der den heutigen Staat angreifen wollen, ohne jeden Bezug auf weiterhin rücksichtslos vorgegangen werden. (Sehr Beifall b. d. Reg.-Parteien b. d. Nat.-Soz.)

**Abg. Leinert (Soz.)**

Die Sozialdemokraten stehen hinter der Regierung mit dem besten Willen. Zustände in Deutschland beunruhigen, die es jedem er-möglichen, sich ohne Lebensgefahr politisch zu betätigen.

**Rundfunkzener**

gegen den Arbeiterverband.

Im Verlage des Deutschen Arbeiterfängerbundes ist ein Buchwerk „Der Kreuzzug der Maschine“ — Zeit von 8 bis 9 Uhr — unter dem Titel „Wolff“ erschienen. In dem Buchwerk kommt der Wille des Proletariats im überhaupt eines großen Teiles des Volkes zum Ausdruck, einer kriegslosen Zeit, einer weniger freudlosen menschlichen Gesellschaft entgegenzutreten. Der „Berliner Volkschor“ hat das Werk zur Uebersetzung angenommen und für die Aufführung am 6. November die Uebersetzung durch die „Deutsche Welle“ beantragt. Die Direktion der „Deutsche Welle“ hat jedoch die Uebersetzung mit der Begründung abgelehnt, daß das Werk den für den Rundfunk geltenden Richtlinien zuwiderläuft!

Diese Begründung hat der Uebersetzungsanspruch benutzt, um die gegen die Entschädigung der Direktion der „Deutsche Welle“ eingelegte Beschwerde zurückzuführen. Während aber immerhin die Direktion der „Deutsche Welle“ erklärte, die Uebersetzung nicht zulassen zu können, um die Gestalt nicht sozialpassivität eingestellter Sprechweise nicht zu verletzen, heißt es im Bescheid des Uebersetzungsausschusses, daß für die Ablehnung maßgebend sei, die ganze einseitige und tendenziöse Darstellung für eine bestimmte weltanschauliche Richtung. Das heißt also auf gut deutsch, daß man einer bestimmten vorgeschriebenen Weltanschauung indigen muß, um vor den gestreuten Herren Rundfunkfänger Gnade zu finden. Die recht einseitige Sprache des beantragten Werkes gegen den Willen des Krieges ist demnach den Gesetzen des Rundfunks nicht angemessen. Aus Sorge, daß die Direktion von dem einseitig tendenziösen passivistischen Werke zur Friedensstimmung des Proletariats abgelenkt werden könnten, beschloß der Rundfunk, seinen Führer vor dem Kreuzzug der Maschine.

Welle! nimmt ein intelligenter Sprechweise dieser Entscheidung zum Anlaß, einmal einen „Kreuzzug der Maschine“ zu schreiben. Es scheint

# Herr Busse, hören Sie's?

Berlin, 17. Oktober. (Kommunist.)

Der Reichsminister des Innern hat

das an ihn gerichtete Schreiben des Reichs-

schaffes für das Justizministerium vom 14. Okto-

ber folgendermaßen beantwortet:

Die Reichsregierung ist bereit, die verfassungs-

mäßigen Rechte der Beamten in der Hinsicht der

Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

gesetzgebung zu prüfen. Die Reichsregierung

ist bereit, die Rechte der Beamten in der Hinsicht

der Wahlberechtigung in der Hinsicht der Wahl-

berechtigung nach der Reichspräsidentenwahl-

Beamtenchaft teilt übrigens die Rechtsüberge-

hung der Reichsregierung, wie sich aus den

bankendruckten Aufzügen der Beamten-

organisationen ergibt.

Die Reichsregierung ist nicht in der Lage und

nicht gewillt, Beamte die durch Eintreten für

diese Paragraphen 4 des Verfassungsgesetzes die ver-

fassungsmäßigen Grenzen überschreiten, vor diszi-

plinarischem Einschreiten der zuständigen Behörden

zu schützen.

Wann wird daraufhin Herr Schulrat

Busse in Halle, der immer noch 2. Vorsitzen-

der des Eugenbergs-Ausschusses ist, und seine in öffentlicher

Versammlung gemachten

Aussagen gegen die Regierung nicht wider-

rufen hat, der Prozess gemacht?

faur ich nicht und müßte ich auch ablehnen. Die

Vorgänge sind sehr verwickelt. Lassen Sie mich

genauhin noch sagen: Staatsanwaltschaft ist

nicht mit Überwachung; sie kann, wenn sie

nicht zur Kommunistenpartei ausarten soll, eingreifen

nur auf Grund von Tatsachen, die die

Rechtswidrigkeit eines solchen Eingriffes hinreichend

begründen. Ich übernehme heute es nicht für

meine Pflicht, sondern für die aller verlässlichen

und wohlmeinenden Menschen, mit ihrem end-

gültigen Urteil so lange zurückzuhalten, bis

die Unterordnung ein abschließendes Ergebnis ge-

zeigt hat. Nach dem bisherigen Gang der Unter-

suchung kann nicht angenommen werden, daß durch

die Abwesenheit des Oberbürgermeisters die Unter-

suchung gehindert oder erschwert wird. Ich

tröme ich es an und für sich bezaubernd, daß

Oberbürgermeister nicht in dieser Hinsicht ab-

wesend war. Als bekannt wurde, daß der Ober-

bürgermeister nicht beauftragt, seine Reise abzu-

brechen, hat der Oberpräsident ermahnt, ob seine

Selbstüberzeugung durch die Anwesenheit erstehen

lassen würde. Er hat nach Besuchen mit dem

Rechtswidrigkeit von einem solchen Eingriff Abstand

genommen, weil der Augen einer nur unbedeutend

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem Schaden größer hätte, der durch die

Unterordnung einer solchen Maßnahme im Innern

und besonders im Innern bestimmt eingetreten wäre.

Als Minister des Innern habe ich die Ansicht über

die Selbstverwaltung der Stadt Berlin nicht un-

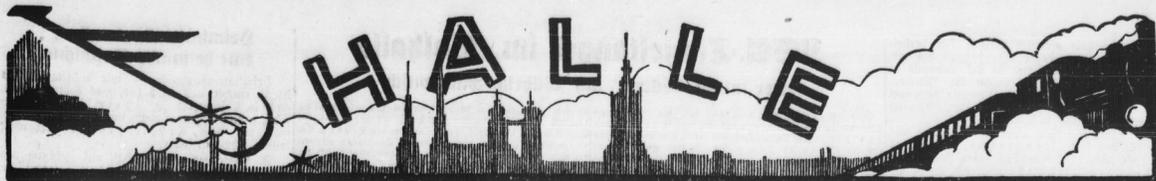
mittelbar zu führen. Ich habe aber als oberste

Kommunalaufsichtsbehörde für Preußen das größte

und bringende Interesse daran, daß der Fall

früher möglichen Rückkehr nicht im Verhältnis zu

dem



## Wohnungsbauförderung durch die Mitteldeutsche Landesbank

Halle, den 17. Oktober 1929.

Die Mitteldeutsche Landesbank hat sich, wie uns geschrieben wird, auf Grund ihrer Satzungsbestimmungen zur besonderen Aufgabe gemacht, an der Behebung der Wohnungsnot in ihrem Geschäftsbezirk teils unmittelbar, teils aber die ihr angehörenden Kommunalverbände und Sparkassen tatkräftig mitzuwirken. Um dieses Ziel auch auf dem Wege des Hausbaus zu erreichen, ist besonders die Errichtung der öffentlichen Hausparzelle beabsichtigt worden.

Die Bank hat ferner eine Rundfrage bei den ihr angehörenden Kommunalverbänden und Sparkassen über die Verwendung der von der Mitteldeutschen Landesbank bereitgestellten Wohnungsbauinstrumente veranstaltet. Danach sind den Kommunalverbänden und Sparkassen zu Wohnungsbauzwecken von der Mitteldeutschen Landesbank insgesamt 32 192 764 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Hiervon haben 8 431 319 Mk. für die

Errichtung von Bau- und Siedlungsgelände Verwendung gefunden, während mit den restlichen 23 761 445 Mk.

insgesamt 6424 Reihwohnungen

finanziert worden sind. Neben dieser umfangreichen mittelbaren Wohnungsbaufinanzierung und neben der Förderung der Neubautätigkeit durch ihre Verteilung Hausparzelle hat die Mitteldeutsche Landesbank — insbesondere über ihre Filialen — den örtlichen Wohnungsbau auch durch zahlreiche direkte Kredite und Zinsstufenkredite nachhaltig unterstützt. Die eingetragenen Filialen haben insgesamt folgende Summen zur Verfügung gestellt: Halle ca. 2 000 000 Mk., Erfurt ca. 4 000 000 Mk., Nordhausen und Weimar je etwa 3 Millionen Mark. Durch die Bereitstellung dieser Mittel wurde der

Reibau von weiteren 2000 Wohnungen im Geschäftsbezirk der Mitteldeutschen Landesbank ermöglicht.

## Riß im Busse-Block Interessentenforderungen zur Stadtverordnetenwahl

Halle, den 17. Oktober. (ht.)

Nach vor kurzem schien es, als sei im bürgerlichen Ordnungsbund das halloffen Marktaufes alles in schöner Butter und besser Harmonie. Da auf einmal platt die Nachricht dazwischen, daß jetzt noch

eine dritte bürgerliche Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl herausgebracht wird. Zum allgemeinen Mißmuth des „Vaterländischen Ordnungsbundes“ in dem die sogenannten Demokraten mit den Fugenberg-Beleumdern zusammenziehen, und zur Uffe der Nationalsozialisten gefüllt sich eine Liste der Volksrechtspartei des Herrn Rechtsanwalts Wüst in Gemeinschaft mit dem Kloppeischen Wehrwolf und einer Sparerselle. Der Wehrwolf begründet seinen Schritt damit, daß das Wollen der Frontsoldaten-Generation (wer laßt da?) und der heranwachsenden Jugend von den Parteien, denen er bisher Wohlthätigkeit geleistet habe, nicht genügend berücksichtigt worden sei. Schon, schon! Manlich wehlagt die Fugenberg-Preffe ob dieser Zerplitterung der Front der „Ordnungsparteien“.

Direkt ipösig ist aber, wenn man hört, wer sonst noch alles neue Ansprüche an die Vertretung im Stadtparlament stellt. Da kommen ausgerechnet die bürgerlichen Sportfreizeiteile und murmeln von einer eigenen Liste. Das ist eigentlich schänder Umdant, denn die bisherige bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats hat alles getan,

was in ihren Kräften stand, um die bürgerliche Sportbewegung gegenüber der Arbeiterportbewegung zu bevorzugen. Wenn jemand im Sportlager zu flagen Anlaß hat, dann nur die Arbeiterportler, die keine oder nur unzulängliche Lehrgeländchen besitzen, die vielleicht gar nicht in der Lage sind, neue Sportarten, wie beispielsweise Tennis, aus Mangel an lächerlichen Plätzen einzuführen, und die, wenn sie überhaupt etwas Unterhaltung erhalten haben, das nur dem unmaßstäblichen Träumen und Verhandeln der Sozialdemokratie zu verhandeln haben.

Zur Waise werden die bürgerlichen Interessentennunmehr aber, wenn die „Zweitei-Geitung“ die Förderung aufstellt, der bürgerlichen Presse eine Vertretung im Stadtparlament einräumen. Das könnte ipösig werden, eine Zeitungsliste! Wichtig ist es zwar, wenn auch Pressevertreter in öffentlichen Körperlichkeiten liegen, ihre Entsendung aber ist und bleibt ausschließlich Sache der betreffenden Parteien. Würden diese bürgerlichen Wäntze erfüllt, dann gäbe es bestimmt noch mehr Ambitionen aus der städtischen Verwaltung, als es jetzt schon dank gemessener Bezeichnungen der bürgerlichen Preffe der Fall ist.

Die sozialdemokratische Arbeitererschaft kann das Spiel der Interessententeile im bürgerlichen Lager mit größter Ruhe betrachten. Sie nimmt informationshalber davon Kenntnis, bleibt im übrigen aber der festen Zuversicht, daß ihre, die sozialistische Sache, die Sache des Gemeinwohls, die allein richtige ist, der die Zukunft und damit der Sieg gehört.

### Ein Auge ausgeworfen.

Als am Dienstag mehrere Knaben, die sich auf dem Wege zur Schule befanden, den Waisenhausung passierten, wurden sie von einem anderen Jungen aus dem Hinterhalt mit Kohlen „bombardiert“. Eines dieser gefährlichen Wurfgeschosse traf den zwölfjährigen Alfred W. betarf in das linke Auge, daß dieses sofort auslief. Statt zur Schule, mußte der bedauernswerte Junge nun in eine Augenklinik. Weder konnten die Schulfreunde des W. den Uebelthäter nicht; das Verbrechen hatte sich lediglich nach seiner Freilassung aus dem Auge gemacht.

### Gerichtsbilder. Das „süße Vieh“.

Selten ist im Gerichtssaal mit gutem Grunde so allgemein und herzerweichend gelacht worden wie am Mittwoch in der Verhandlung gegen die 46jährige Witib Martha L. eute vor dem Amtsrichter. Fehrlässiger Körperverletzung sollte sie, die „gleich um die Ecke“ wohnt, sich schuldig gemacht haben. Frau Martha hat eine Pflichtige Tochter und dazu einen Schwagererlöhnt steinen „in spen“, und alle drei haben gemeinsam einen „Borer“, der schon zu „Babbas“ Begehnten da war. Hört man die Mama und Daagel, die jungen Leute, dann ist es ein „süßes Vieh“; Mama nennt es Lammtrumm, und der Tierarzt, Mannas Tierarzt — jehoh, sie hat Wert darauf — soll erst dieser Tage erklärt haben, daß das Tier keinen Menschen beißt. Hört man dagegen Hausbesenher, dann handelt es sich um eine ganz gemeine, menscheneindliche Ziege, die arme Kuhmariefräule auf der Krenze anfaßt, daß sie vor Schreck alles, was sie tragen, zur Erde fallen lassen und darauf tagelang frant liegen; ja, das Vieh fiel eine Frau durch Einbringen in den offengebliebenen Korridor am Hofhofschiff an und bis sie in den Rücken. Untermeter haben sich vorgenommen, die „elliche Ziege beim nächsten Anfall zu erledigen“.

Am 4. Juni d. S. war „Frauchen“ nach Leipzig „kerlich“, wo ihre Wiege „festanden“, und Tochter wie Dienstmädchen abhieten nicht auf ihren „Aeb-ling“, der auf dunster Freys den Deloraterslehreung „von oben“ anfiel, in den linken Oberarm bis, lo daß der schon öfters attadierte Junge ein eine Türschleibe fiel.

Keinzeugnis, Zeugnisauslagen, alles, alles faunte Frau L. nicht lassen abbringen, ihren Mund zu loben, von Mithauft der anderen „seit ihres

### Aber 9000 Arbeitslose.

Die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen im Bezirk des Arbeitsamts Halle betrug am 12. Oktober: Halle Stadt: 3424 männliche, 732 weibliche, zuf. 4156; Saalfreis: 2000 männliche, 200 weibliche, zuf. 2200; Stadt und Kreis Weisefung: 1591 männliche, 149 weibliche, zuf. 1740; Querfurt: 895 männliche, 20 weibliche, zuf. 915; Mansfelder Ceeteereis und Kreis Zeitzsch, soweit zum Arbeitsamt Halle gehörig, 613 männliche, 32 weibliche, zuf. 645; zusammen 8223 männliche, 1123 weibliche und 9346 überhanpt.

### 9. Ortsbezirk der SPD. Halle.

Sonabend, den 19. Oktober, im Restaurant „Fogelschloß“, Moritzwinger, Bezirksversammlung mit anschließendem Familienabend. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Die Mitglieder werden gebeten, mit ihren Angehörigen bestimmt zu erscheinen.

## SPD. Dienstag, den 22. Oktober, 20 Uhr im „Sofläger“, Lindenstraße öffentliche Kundgebung

Mannes Tode“ zu reden und in „bestem Sächsisch“ ihren unerhütterlichen Bessimismus zu betonen. Man hätte bis zur Nacht verhandeln können, doch machten noch Einder drauffen, weshalb der Amisannalt kurzerhand endlich 40 Mk. Geldstrafe forderte und der Richter auf 30 Mk. erkannte. Madame wird sich nicht dabei beruhigen.

### Am 6 Wennige 3 Monate ins Gefängnis.

Raum 19 Senge säßte der Klempner Paul B. der feinerzeit als Arbeit auf der Grube „Alwinne“

bei Grunddorf tätig war, aber einen Geldderarf hatte er wie ein Großer. Der Reiter hätte ihm sicher für wichtige Dinge Geld zukommen lassen. Er ist dazu in der Lage. Bankden mußte aber, warum er sich nicht an ihn wandte. Also zog er es vor, am 21. Juli d. S. mittels Nachschlüssel in die Kontenheute einzudringen, um die Zrinde und Kleidungsstücke der Gewerbeten zu „antipieren“. Er hatte seine „Arbeit“ gerade begonnen, als ihn einer der „Besuchten“ dabei ertappte. Eine Tracht Prügel sollte er stehenden Fußes beziehen, doch nahm der empörte Mann — wie er noch heute betont — wegen der Ungleichheit der Strafe davon Abstand. Ein Glück für den Spitzbuben, der schon



Die stets gleichbleibende Juno Cigarette







# Blatt der Frau.



## Denkmal des tapferen Mädchens.



In Wien wurde ein Denkmal für das Dienstmädchen Maria Antonia errichtet, das zwei Kinder, die sie beschützte, vor dem Ueberfahren rettete. Sie steht jetzt unter die Säulen des Kinos und wurde geliebt.

## Susan Lawrence.

Krabella Susan Lawrence, die kürzlich auf dem Rang der englischen Arbeiterpartei zur ersten Vorsitzenden gewählt worden war, und deren Bild wir kürzlich in der Frauenzeitschrift brachten, ist die erste Frau, die das Vertrauen der organisierten Arbeiterpartei in ein so verantwortungsvolles Amt bekleidet hat. Das ist um so bemerkenswerter, als sie gar nicht aus dem Proletariat hervorgegangen ist.

Einer freibürgerlichen Juristenfamilie entstammend, hatte Susan Lawrence noch das Glück, die Privilegien ihrer Klasse zu genießen und die Universität in Cambridge zu besuchen. Nach einigen Semestern des Studiums der Rechtswissenschaften — sie erwarb verschiedene akademische Grade — wandte sie sich von den abstrakten Wissenschaften ab. Die Londoner Gläubigersache, Wärschapel und Populär, hatten auf die junge, sorglos nur den Wissenschaften lebende Studentin tiefen Eindruck gemacht. Die bürgerliche Gesellschaft merkte, daß in dieser „sozialistischen“ Gesellschaftsordnung noch nicht alles gerichtet ist. Das schärfe Auge der einstigen Arbeitermutter sah jedoch zu wenig in sozialen Dingen gefaßt und noch zu sehr in den Vorurteilen ihrer Klasse befangen, als daß sie die tiefen Gründe der Massenverleumdung zu erkennen imstande war.

Im Jahre 1900 trat Susan Lawrence der konventionellen Partei bei, arbeitete von diesem Zeitpunkt an eifrig in der Arbeiterpartei und wurde bald Mitglied der Central Board. Nach noch zwölf Jahren langer politischer und sozialer Tätigkeit führte sie der Weg zum Proletariat. Ihre Weltanschauung hatte sie gründlich revidiert. 1912 Mitglied der Arbeiterpartei, wurde sie bereits im folgenden Jahre in den Londoner Stadtrat für den Bezirk Populär delegiert. Ihre Haupttätigkeit entfaltete sie auf dem Gebiete der Kinderfürsorge. Die Einführung von Schulspeisungen ist im wesentlichen auf sie zurückzuführen. Im Stadtparlament hatte sie einen glänzenden Erfolg bei der Bekämpfung des Alkoholismus, die dafür eintrat, daß jeder Bezirk für seine Armen selbst aufzukommen habe. Das bedeutete nichts anderes, als daß die wohlhabenden Viertel von sozialen Lasten befreit bleiben sollten.

Susan Lawrence wurde nach dem Kriege mehrere Male erfolglos als Kandidatin der Arbeiterpartei aufgestellt. Schließlich eroberte sie im Jahre 1928 in East Ham North ein Mandat für die Labour Party. Unter der ersten Regierung Mac Donald erwarnte sie die Innenministerstelle Evelyn Blyth an seiner Parlamentarierstelle. Von 1919 bis 1924 war sie Mitglied der nationalen Exekutivkommission der Arbeiterpartei. Die Frühjahrsstürmung von 1929 gab ihr das nach dem Sturz Mac Donalds verlorene Mandat zurück. Der zweiten Arbeiterregierung gehörte sie nun als parlamentarische Sekretärin des Ministeriums für Volkswirtschaft an.

Korbert Wachs.

Wissenschaftliche Rohstoffe. Maxion, eine angebene Plastik, die noch auf dem Konservatorium in Berlin, bei Göttingen. Eine Frage, während sie das Mittageessen isst, kommt ihr durch den Kopf. „Wie schmeckt und tragt: Was ist denn das?“ (Eine Variation über das Thema: Fering und Kellertoffen.)

# Das „möblierte Fräulein“

„Ne, Damen nehm ist nich!“ - „Fräulein, ham Se doch n' Beruf?“ - Ärger mit dem „Hausdrachen“ - Ein Ausweg: Das Ledigenheim

Von Clarisse Kahlenberg

Die Frau ist selbständig geworden! In der ersten, die erfindende Welt! Sie hat in wirtschaftlichen, politischen und allen anderen Fragen des Tages ihre Gleichberechtigung mit dem harten Geschlechte erlangt. Auch sie steht mitten im schweren Kampf um tägliche Brot, und es ist für sie nicht ganz einfach, diese Aufgabe zu erfüllen. Von vielen Seiten wird der Frau immer noch ein Ansehensverlust die Dämme entgegen; sie hat mit liberalen Vorurteilen oder sonstigen Unannehmlichkeiten zu kämpfen, die eigentlich in nichts anderem bestehen sind als im Vorurteil ihres Geschlechts. Aber die Frau von heute hat gelernt, sich ihrer Dant zu wehren. Nichts und niemand hindert die heutige Frau, sich auf dem von ihr erwählten Gebiete nach Möglichkeit zu entfalten. Niemand steht der Entfaltung der selbständigen Frau hindern im Wege — bis auf die Vermieterin möblierter Zimmer.

Eine halbwegs gute Wirtin zu finden, gleicht der glücklichen Wahl eines Hauptlehrers. Man sammelt freilich mit der Zeit eine ziemliche Versionen Menschenkenntnis, um auf einen ganz bösen „Hausdrachen“ nicht mehr ohne weiteres hereinzufallen. Schließlich kann man aber feinem Menschen ins Zeug sehen, und so gibt es trotz aller Routine immer wieder die unangenehmsten Ueberfahrungen. Unendlich ärgerlich sind die Epistolaten der verschiedenen Charaktere und ihrer Handlungen, wenn glücklicherweise „möbliertes Fräulein“ auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Wie demütherend ist schon der mehr als liebevolle Empfang, der einem auf der Zimmerjagd nicht einmal, sondern zehnmal zuteil wird: „Ne, Damen nehm ist nich. Wis die hob ich schon zu schickere Gefragungen gemacht!“ Oder aber das folgende großquintessenzreiche Wort: „Ahen Sie denn noch nen Beruf? Sonst nehm ich Ihnen erst gar nich!“ Dann, bei Rennung eines freien Berufes: „Aa, da sin Sie wohl den jungen Juch zu Hause? Res, da sin ich für mich, ich nehm bißchen wen, der morgens geht und

abends wiederkommt. Und denn, wie gefast, am liebsten nen Herrn!“  
Hat man schließlich oder doch Gnade vor den Augen einer der Strengeren gefunden und ist man baldmöglichst gestorben, dann ergötzt sich, entweder gleich aus der angeschickerten Diskussion, oder aber meist erst im Verlaufe der Besprechungen, was hier im Hause alles nicht erlaubt ist! Da gibt es Damen von solch fränkischer Natur, daß man möglicherweise auf dem Kopfe spazieren müßte, um den Fußboden vor Fußabdrücken zu bewahren. Ein sehr beliebiger Fall sind auch jene alga Wirtsbereiter, die von ihrem eigenen Erleben sprechen und nicht, unbedingt Einfluß in sämtliche Angelegenheiten ihrer Hausgenossen zu nehmen wünschen. Ueber alles und jedes wollen sie gründlich informiert sein. Geht man nicht darauf ein, dann versuchen sie, sich auf eigene Faust über den Stand der Dinge zu unterrichten. Dann gibt es die Sorte jener „Zimmerantenn“, die tagaus, tagein über alle Hofarten, Kaffee-, Tee-, Wasser- und Telefonangelegenheiten, sich durch den Untermeier häufig finanziell betätigen fühlen und all ihre Sinnen und Kräfte darauf richten, den Verbrauch von Wasser, Licht und Telefon auf ein Minimum zu reduzieren. Ueberallem — auch wenn warmes Wasser in der Wohnung ist — wird, ohne besonderes Entgelt, nur einmal wöchentlich streng erteilt. Strohbrüche wird mit scharfen Epistolaten durch die Türzieher streng kontrolliert, und die Telefonrechnung steigt automatisch an jedem Monatsende. Gegenstand dieser Epistolaten sind die Damen mit der „noblen Ober“, die gleich zu Anfang denken, daß sie keine „Wirtin“ im üblichen Sinne seien und dieselbe Kleinigkeiten natürlich großzügig behandeln. Leider stellt sich dann aber am Ende heraus, daß sie sich diese ihre Großzügigkeit doppelt und dreifach bezahlen lassen!  
Der Verbote und einschneidenden Beschränkungen gibt es noch eine ganz erteilliche Anzahl. Rühmungsverständnis gehört zu den Seltenheiten,

Robe- oder Klaviermusik ist oft nicht gestattet. Wenns wird eine Umgruppierung des Mobiliars nicht gewünscht. Also: Richtigungen und antiquierte, mehr als überflüssige Decken verbleiben, sehr zum Verdruß der Vermieterin, an ihrem angeschickerten Platte. Dabei! Nach 10 Uhr abends kein Besuch! Rufen im Zimmer gehört zu den lieben Leiden. Das Telefon wird selbst beim Besuchen des Hausdrachens von diesem erloscht hinter Schloß und Riegel gesetzt.  
Jugegeben, daß viele Vermieterinnen erst durch Schanden Ang gekommen sind. Jugegeben auch, daß es eine ganze Reihe recht unangenehmer Ausnahmefälle gibt, die der Vermieterin das weißste Geschick in Gestalt einer Untermeier verleiht machen. Jugegeben vor allem, daß eine Wohnungsbesichtigung mit fremden Menschen überhaupt nicht zu den besonderen Annehmlichkeiten des Lebens gehört. Auf der anderen Seite aber muß man auch dem Standpunkte der möblierten Wohnungsbewohner Rechnung tragen, denn durch diese Art und Weise der „Kleinheim“ nicht nur vertrieben, sondern häufig sehr unangenehm. Wenn eine Frau tagaus, tagein schafft, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, wenn sie alle Sorgen und Lasten allein trägt, wenn Kräfte und jede Kräftigung tapfer hinter sich schieben muß, um sich im großen Lebenskampf zu behaupten, dann empfindet sie diese direkte oder indirekte Bevormundung doppelt unangenehm. Dazu kommt noch ihre Machtlosigkeit, diesem oft unerträglichen Zustand ein Ende zu bereiten. Denn: Einmal ist überall anzukommen und man weiß schließlich nie, ob man bei einem Wohnungswechsel nicht vom Regen in die Traufe kommt.  
So ist es natürlich kein billiges Verlangen, wenn die alleinlebende, selbständige Frau fordert, daß bei der Schaffung neuer Wohnungsverhältnisse auch ihrer und ihrer vielen, bedauernswerten Mitbewohner gedacht wird. Der Sturz nach Ledigenheimen in geänderter Anzahl und zu erschwinglichen Preisen darf nicht ungehört verhallen.

## Die Arbeiterin als Königsmutter

Von Luise Winkelmann

Die ein Roman liest sich die Lebensgeschichte der Ellen Forsyth, die im Jahre 1616 als Tochter eines englischen Bäuerleins geboren wurde. Tochter, Spielverderberin und Wirtshausbesitzerin des Vater an den Verleib, und nach seinem Tode machte die Mutter mit Tagelöhnerarbeit und Güterförmigkeit das Mädchen bis Ellen als Wirtin fertig. Für die beste Handarbeit war sie nicht fruchtig genug, deshalb verarbeitete sie es mit Nähen und Quaderarbeit. Mit dieser Beschäftigung war aber schon damals kein troden Brot zu verdienen, so daß das junge Mädchen als letzte Zuflucht das Armenhaus vor sich sah. Wie sie sich dazu entschloß, behält sie, ihr Glück noch einmal zu versuchen und in London auf Arbeitssuche zu gehen.

In den Straßen der großen Stadt lag das Gedränge nicht auf der Straße, aber Ellen war froh, als es ihr gelang, in einer Brauerer Arbeit als Schenkensoldat zu finden. Diese Brauerer gehörte dem reichsten Brauer des damaligen London, Paley mit Namen. Paley bemerkte eines Tages bei einem Rundgang durch den Betrieb die neue Arbeiterin, nahm sie als Dienstmädchen in sein Haus und bot ihr nach einiger Zeit die Ehe an. Ellen sagte zu und nahm, fast über Nacht, in den Kreisen der wohlhabenden Londoner Kaufmannschaft eine angenehme Stellung ein.

Wenige Jahre darauf starb Paley und hinterließ seiner Frau ein bedeutendes Vermögen. Der reich und zugleich hübschen jungen Witwe fehlte es nicht an Kandidaten für eine zweite Ehe. Sie verheiratete sich denn auch zum zweiten Male mit dem hochangesehenen und einflussreichen Advokaten Edward Hyde, Paleys Testamentvollstrecker. Der Elens erste Ehe kinderlos geblieben, so wurde sie jetzt Mutter einer Tochter und zweier Söhne. Hyde (später Lord of Glareton) war ein Schatzkanzler und verkehrte als Mitglied des Geheimen Rates in einem sehr engen Verkehr mit dem damaligen englischen Königsheute. Besonders mit dem jüngeren Bruder des Königs, dem Thronfolger Jakob, war er so eng befreundet, daß er stillschweigend duldet, daß seine Tochter Anna mit Jakob eine geheime Ehe einging, die ursprünglich nicht nach einem Verfallnis ausließ. Dieser Jakob, englischer Thronfolger und Schwieger-

sohn der ehemaligen Arbeiterin, erhielt aus seiner Ehe mit Anna Hyde zwei Töchter: Maria, die Gemahlin des niederländischen Statthalters Wilhelm III. von Oranien, und Anna, die sich mit dem Kronprinzen George von Dänemark verheiratete. Jakob, der Vater, wurde sechs drei Jahre nach seinem Regierungsantritt, als Abfalltät und Rasputin, aus England vertrieben, und die beiden Töchter, Ellen Forsyths Enkelinnen, bestiegen nacheinander den Thron.

Dann aber nahm der läche Aufstieg der ehemaligen Arbeiterin ein tragisches Ende: ihre Tochter Maria starb kinderlos, während Anna vier dreizehn Kinder hatte, die jedoch alle vor der Mutter starben. Ein drittes Kind des verstorbenen Königs, ein Sohn, wurde vom englischen Volk als untergeordnet betrachtet und nicht anerkannt: er starb als letzter Stuart-Präsident in der Fremde. Der Fortschritt zur Stammutter hatte, was ausgefallen: die Engländer griffen auf eine Seitenlinie zurück, und damit gelangte das Haus Hannover auf den Thron von England.

## Am Stadtrand.

Hier Häuser fest aneinander gedrückt, Demütig wie reiche Sünder. Ein armes Weib geht tief gebückt, Ein Rock bindet zwei Kinder. Sonn liegt die weite Landschaft rot — Noch drei verkrüppelte Eichen Ringeln gegenfins im Abendrot — Angeln Rebel steigen. Carl Wender.

## Die älteste Frau des Baltans gestorben

In Philippopol ist dieser Tage die älteste Frau Bulgariens — wie bekanntlich die älteste des ganzen Balkans, Frau Sapriana Wregowa im Alter von 129 Jahren gestorben. Frau Wregowa hat familiäre Aufstände und Streitigkeiten im Baltanvöller miterlebt und sieben ihrer Söhne, Enkel und Urenkel in diesen Kriegen verloren. Von ihrer Nachkommenchaft hatte sie bereits die fünfte Generation erlebt. Die seltsame Lage vor ihrem Tode erzählte sie sich selber Geliebtheit und geistiger Rüstigkeit.

## Die Rosenerte in Bulgarien.

In den berühmten Rosenfeldern Bulgariens hat die Rosenerte unter den irubolischen Feiertagen ihren höchsten gefunden. Die diesjährige Ernte ergab nicht weniger als sieben Millionen Kilogramm Rosenblütenblätter und gegen anderthalb Millionen Kilogramm Rosenöl. Gegenüber dem Vorjahre ist ein Anstieg von 20 Prozent zu registrieren, da die diesjährige Ernte unter den katastrophalen Eobensbedingungen zu leben geblieben hat. Im allgemeinen ergeben 2500 Kilogramm Blütenblätter etwa 1 Kilogramm Rosenöl im Werte von etwa 110000 Tonne oder 3300 DM. Die Ausfuhr geht in der Hauptsache nach Frankreich, in geringem Maße auch nach Deutschland und Amerika.

## Annellese Halbe



Tochter des Dichters Max Halbe, debütiert in diesem Winter als Schauspielerin in Berlin. Max Halbe und seine Tochter.







